



„... Schleswig-Holstein stammverwandt, lebe wohl Friedrich Hildebrandt ...“ – Mit dieser Version des Schleswig-Holstein-Liedes beginnen – hartnäckigen Gerüchten zufolge – führende Lübecker Nationalsozialisten die Eingliederung Lübecks in die preußische Provinz Schleswig-Holstein am 1. April 1937 und

damit auch den Abschied von Ihrem bisherigen NSDAP-Gauleiter Friedrich Hildebrandt.<sup>1</sup> Offiziell wurde die Überleitung der Stadt Lübeck und des vormaligen oldenburgischen Landesteils Lübeck (danach Landkreis Eutin) nach Schleswig-Holstein allerdings in pompös inszenierten Zeremonien in Hamburg, Lübeck und Eutin gefeiert.<sup>2</sup> Im Zuge des Groß-Hamburg-Gesetzes vollzogen sich so die tiefgreifendsten territorialen Veränderungen in der Provinz seit 1920, denn im Gegenzug musste Schleswig-Holstein die beiden Großstädte Altona und Wandsbek an das Hamburger Staatsgebiet abgeben.

Wie die eingangs erwähnte Episode zeigt, betrafen die Gebietsveränderungen jedoch nicht allein die Zugehörigkeit zu Verwaltungseinheiten; gleiches galt auch für die NSDAP, die sich seit 1928 aus wahltaktischen Überlegungen in ihrer territorialen Organisation an den Grenzen der Reichstagswahlkreise orientiert hatte. Der „Gau der NSDAP“ Schleswig-Holstein bestand seit seiner offiziellen „Gründung“<sup>3</sup> am 1. März 1925 in Neumünster auf dem gleichen Territorium wie der „Reichstagswahlbezirk 13“, der neben dem Regierungsbezirk Schleswig auch den oldenburgischen Landesteil Lübeck umfasste. Als „Gauführer“ beziehungsweise Gauleiter der NSDAP – so die offizielle Bezeichnung – konnte sich der frühere Bankangestellte Hinrich Lohse durchsetzen; er sollte dieses höchste regionale Parteiamt bis zur Auflösung der NSDAP 1945 behalten.<sup>4</sup> Unter seiner Leitung entwickelte sich die schleswig-holsteinische Parteiorganisation aus Sicht der Parteiführung geradezu mustergültig. Nirgendwo anders im Reich konnte die Partei so früh ähnliche Rekordergebnisse bei Wahlen einfahren, nirgendwo stiegen die Mitgliederzahlen der NSDAP ähnlich rasant an. Die aus nationalsozialistischer Sicht besonders erfreuliche Entwicklung in Schleswig-Holstein stärkte Lohses Position als oberster Parteifunktionär, der nahezu unangefochten in „seinem“ Gau die Zügel in der Hand hielt. Potentielle Konkurrenten um die Macht hatte er früh ausgeschaltet<sup>5</sup> oder sich mit ihnen arrangiert<sup>6</sup>. Dies änderte sich auch nicht nach der nationalsozialistischen Machtübernahme: Lohse versah nun als Oberpräsident auch das höchste Verwaltungsamt in der Provinz und vermochte durch geschicktes Taktieren und strategische Personalpolitik die Verwaltungselite in der Provinz auf seine Person zu verpflichten.<sup>7</sup>

Im Zuge der Gebietsveränderungen des Groß-Hamburg-Gesetzes stellte sich der nun fest im Sattel sitzenden schleswig-holsteinischen Parteiführung die Aufgabe, den als „problematisch“ geltenden Stadtkreis Lübeck in die Parteiorganisation und in die Verwaltung

## Sebastian Lehmann: „...Schleswig-Holstein stammverwandt, lebe wohl Friedrich Hildebrandt...“

### Die NSDAP in Lübeck

**1** Angeblich handelte es sich dabei um den Lübecker Oberbürgermeister Otto-Heinrich Drechsler und die Senatoren Hans Böhmecker und Walter Schröder im Lübecker Ratskeller. Gerhard Schneider bezweifelt den Wahrheitsgehalt dieser treffenden Anekdote jedoch, vgl. Gerhard Schneider: Gefährdung und Verlust der Eigenstaatlichkeit der Freien und Hansestadt Lübeck und seine Folgen. Lübeck 1986, S. 92, Anm. 298.

**2** Vgl. bspw. die Berichterstattung im NSDAP-Gauorgan „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung“ vom 1.4.1937: „Lübeck gehört zu Schleswig-Holstein“.

**3** Vgl. hierzu Kay Dohnke: „Das Kernland der nordischen Rasse grüßt seinen Führer“. Zur Frühgeschichte der NSDAP in Schleswig-Holstein und im Kreis Steinburg. In: Steinburger Jahrbuch 40 (1996), S. 9-19.

**4** Zu Lohse vgl. die zahlreichen Beiträge von Uwe Danker, zuletzt: Uwe Danker: Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse. Überlegungen zu seiner Biografie. In: Karl-Heinrich Pohl/ Michael Ruck (Hrsg.): Regionen im Nationalsozialismus. Bielefeld 2003, S. 91-120.

**5** Vgl. bspw. Uwe Karstens: Der Fall „Grantz“ – Interne Kämpfe der dithmarsischen NSDAP 1929/30. In: ZSHG 112 (1987), S. 215-233.

**6** So etwa mit dem SA-Obergruppenführer Joachim Meyer-Quade.

**7** Vgl. dazu im Einzelnen Sebastian Lehmann: Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite. Bielefeld 2007, S. 247-256.



Der NSDAP-Gau Schleswig-Holstein vor den Gebietsveränderungen durch das Groß-Hamburg-Gesetz. Die Karte zeigt die Kreiseinteilung des Gaus. Deutlich zu erkennen sind die zum Gau Mecklenburg-Lübeck gehörenden Gebiets-Enklaven. Die Übersicht zeigt die territoriale Organisation der NSDAP in Schleswig-Holstein nach Kreisen, Ortsgruppen (und Stützpunkten), Zellen bis hinunter zu den Blocks als kleinste Organisationseinheiten.

(Quelle: Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Partei-Statistik. o.J. und o.O. [München 1935]. Bd. III [Gliederungen und angeschlossene Verbände], S. 237f.)

der Provinz zu integrieren. Problematisch war Lübeck in nationalsozialistischer Perspektive nicht allein wegen seines traditionell sehr starken und schlagkräftigen „roten“ Milieus, in dem die NSDAP nur schwer Fuß fasste.<sup>8</sup> Auch in innerparteilicher Hinsicht war Lübeck ein Problemfall, denn die lokale NSDAP-Führungsclique erwies sich spätestens nach 1933 als nahezu unkontrollierbar für die Gauzentrale in Schwerin.<sup>9</sup> Exemplarisch bietet die Untersuchung des „Falls Lübeck“ die Möglichkeit, Konflikte zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ innerhalb der NSDAP zu untersuchen und auch ob traditionelle Kategorien wie der Dualismus zwischen Staat und Partei, in diesem Fall also zwischen kommunaler Verwaltung und Parteidienststellen der NSDAP überhaupt greifen. Die Herausbildung einer lokalen Herrschaftsclique verdeutlicht zudem längsschnittartig verschiedene Probleme der Kreisleitungen der NSDAP nach Erhalt der politischen Macht im NS-Regime.

## Gau Schleswig-Holstein

Stand 1.1.1935

Cra. Nr.	Kreise	Anzahl der				
		Ortsgruppen	Stützpunkte	Ortsgr.- u. Stütz.	Zellen	Blods
1	Altona	29	-	29	218	799
2	Eckernförde	25	-	25	60	212
3	Eiderstedt	7	4	11	15	76
4	Flensburg-Land	33	1	34	94	368
5	Flensburg-Stadt	9	-	9	56	176
6	Husum	40	6	46	83	229
7	Kiel	23	-	23	227	872
8	Lauenburg	35	17	52	106	449
9	Lübeck-Provinz	19	-	19	62	264
10	Neumünster	5	-	5	43	166
11	Norderdithmarschen	26	3	29	92	381
12	Oldenburg /Holstein	20	5	25	60	270
13	Pinneberg	43	7	50	109	456
14	Plön	43	3	46	96	381
15	Rendsburg	53	6	59	165	510
16	Schleswig	44	16	60	96	437
17	Sageberg	52	12	64	108	439
18	Steinburg	50	12	62	125	395
19	Stormarn	40	20	60	108	559
20	Süderdithmarschen	36	9	45	93	416
21	Südtondern	24	-	24	75	321
22	Wandsbek	13	-	13	83	339
Kreise insgesamt 22		669	121	790	2 154	8 515

**Die Lübecker „Kreis-Clique“.** Die Lübecker Ortsgruppe der NSDAP war bereits am 9. April 1925 gegründet worden. Mitbegründer und erster Ortsgruppenleiter der Lübecker NSDAP war der damals 22-jährige Emil Bannemann. Der aus einer Eisenbahnerfamilie stammende Kaufmannsgehilfe war erst wenige Wochen zuvor nach Lübeck gezogen, konnte aber trotz seines geringen Alters bereits auf eine lupenreine völkische „Karriere“ zurückblicken. Nach kurzer Mitgliedschaft im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund war Bannemann bereits 1922 der NSDAP beigetreten, wurde Mitglied im Freikorps Löwenfeld und hatte sich am „Ruhrabwehrkampf“ ge-

8 So hatte die NSDAP im Stadtkreis Lübeck selbst bei der kaum noch als vollkommen frei zu bezeichnenden Reichstagswahl vom 5. März 1933 lediglich rund 42% der Stimmen erzielen können und damit weniger als SPD (38,7%) und KPD (8,2%) zusammen. Damit lag die NSDAP in Lübeck noch hinter den Ergebnissen in den anderen „roten“ Hochburgen Kiel (47,7%) und Neumünster (44,7%). Errechnet aus: Statistik des Deutschen Reichs. Neue Folge, Bd. 434. Osnabrück 1978 (Neudruck der Ausgabe Berlin 1938), S. 118, 243.



Der NSDAP-Gau Mecklenburg-Lübeck 1935. Die Karte zeigt die Kreiseinteilung des Gaus. (Quelle: Reichsorganisationsleiter der NSDAP: Partei-Statistik. o.J. und o.O. (München 1935). Bd. III (Gliederungen und angeschlossene Verbände, S. 221f.))

**9** Das Thema ist jüngst von Bernd Kasten sachkundig vor allem mit Hinblick auf Gauleiter Hildebrandt und die Perspektive der mecklenburgischen Parteiorganisation ausgeleuchtet worden, vgl. Bernd Kasten: Friedrich Hildebrandt (1898-1948) – Ein Landarbeiter als Gauleiter und Reichsstatthalter von Mecklenburg und Lübeck. In: ZVLGA 86 (2006), S. 211-227. Die vorliegenden Ausführungen verstehen sich vor diesem Hintergrund auch als Ergänzungen aus schleswig-holsteinischer Perspektive.

gen die französische Besetzung des Ruhrgebietes 1923 beteiligt. Die Verbotzeit der NSDAP überbrückte Bannemann im Völkisch-Sozialen Block (VSB), einem Sammelbecken völkisch-antisemitischer Gruppierungen. In Lübeck arbeitete er als Lohnvorsteher bei der Firma Villeroy & Boch.<sup>10</sup>

Bereits kurze Zeit nach der Ortsgruppengründung hatte sich das Verhältnis der Lübecker NSDAP-Ortsgruppe mit Bannemann an der Spitze zu der Gauleitung Mecklenburg-Lübeck, namentlich zu Gauleiter Friedrich Hildebrandt<sup>11</sup>, verschlechtert. Im Juni 1926 waren die Differenzen, deren genaue Ursache unklar bleibt, derart angewachsen, dass Bannemann den Ortsgruppenvorsitz niederlegte. 1935 kommentierte Oskar Schweichler, der Verfasser der Lübecker Parteichronik, die neun Jahre zurückliegenden Vorgänge sibyllinisch: „Waren es Meinungsverschiedenheiten, waren es Mißverständnisse, die den Anlaß gaben? Machten sich irgendwelche andere Triebkräfte geltend? Bis zur taghellen Klarheit läßt sich heute mit der Fackel der Erforschung

17		Gau Mecklenburg-Lübeck				
		Stand 1.1.1935				
Gfb. Nr.	Kreis	Anzahl der				
		Ortsgruppen	Stützpunkte	Ortsgr.-u. Stützp.	Zellen	Blods
1	Büsterow	24	26	50	62	293
2	Hagenow	10	22	32	44	146
3	Lübeck	21	9	30	100	379
4	Ludwigslust	7	50	57	37	190
5	Nalcrin	15	17	22	36	203
6	Neustrelitz	8	6	14	44	122
7	Parochim	15	29	54	59	173
8	Papensteinfeld	5	1	6	7	42
9	Rostock-Stadt	11	1	12	110	475
10	Rostock-Land	27	25	52	69	358
11	Schönberg	10	21	31	40	88
12	Schwerin-Stadt	9	-	9	78	281
13	Schwerin-Land	17	15	36	46	190
14	Stargard	11	13	24	28	115
15	Waren /Würitz	17	20	37	28	162
16	Wismar	16	18	34	75	235
Kreise insgesamt 16		223	267	510	873	3 452

nicht mehr hineinleuchten.“<sup>12</sup> Bannemanns Rücktritt von der Ortsgruppenleitung ging Hildebrandt offenkundig nicht weit genug, denn im Januar 1927 verließ der Gründer der Ortsgruppe die Partei. Hildebrandt hatte Bannemann und vier weiteren Ortsgruppenmitgliedern „parteischädigende Unternehmungen“ angelastet.<sup>13</sup> Bereits ein Jahr später, im März 1928, wurde Bannemann allerdings wieder in die Partei aufgenommen und zwar unter seiner alten Mitgliedsnummer, was absolut unüblich war, weswegen er sich nach außen hin als vollständig rehabilitiert betrachten konnte. Dass damit der schwelende Gegensatz zwischen ihm und seinem Gauleiter keineswegs ausgeräumt war, zeigte sich bereits 1930, als er den – wenn auch nur für etwas länger als ein halbes Jahr – seines Gauleiterpostens enthobenen Hildebrandt bei der Reichsleitung anschwärzte und ihm attestierte, Hildebrandt habe im Gau einen „Trümmerhaufen“ hinterlassen.<sup>14</sup>

Bannemann war einer der wichtigsten Aktivisten der Lübecker NSDAP und sowohl für den lokalen innerparteilichen Zusammenhalt als Integrationsfigur wie auch als Propagandist der NSDAP in Lübeck offenbar unverzichtbar, weshalb ihn Hildebrandt zähneknir-



Emil Bannemann: Mitbegründer und erster Leiter der Lübecker Ortsgruppe der NSDAP. (Quelle: Das deutsche Führerlexikon 1934/35. Berlin 1934, S. 41)

Walter Schröder (rechts). Zusammen mit Emil Bannemann (daneben) bildete der NSDAP-Kreisleiter und Polizeisenator Schröder den Kern der Lübecker NSDAP-„Kreislige“. Hier nehmen beide als Vertreter Lübecks an der „3. Nordischen Reichstagung“ der „Nordischen Gesellschaft“ in der Hansestadt 1936 teil. (Quelle: Albrecht Schreiber: Zwischen Hakenkreuz und Holstenor. Lübeck 1925 bis 1939 – von der Krise bis zum Krieg. Lübeck 1983, S. 35.)

**10** Zu Bannemann vgl. AHL (Archiv der Hansestadt Lübeck), Personalamt 31-1, Abl. 1968, Bdl. 3, Nr. 42; Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BAB) BDC PK, Emil Bannemann; BAK (Bundesarchiv Koblenz) Z 42 III, Nr. 988, Bl. 1ff.; Landesarchiv Schleswig (LAS) Abt. 460 Nr. 391; Das deutsche Führerlexikon 1934/35. Berlin 1934, S. 41; Erich Stockhorst: 5000 Köpfe. Wer war wer im 3. Reich. Wiesbaden 1967, S. 41f.; Beate Behrens: Mit Hitler zur Macht. Aufstieg des Nationalsozialismus in Mecklenburg und Lübeck 1922-1933. Lübeck 1998, S. 169 sowie Joachim Lilla: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstages 1933-1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924. Düsseldorf 2004, S. 19f.

**11** Zu Hildebrandt vgl. Kasten: Hildebrandt sowie Karl Heinz Jahnke: Friedrich Hildebrandt. Gauleiter der NSDAP in Mecklenburg. In: Volker Ackermann/Bernd A. Rusinek/Falk Wiesemann (Hrsg.): Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger. Essen 1995, S. 235-246; Christian Madaus: Friedrich Hildebrandt. Hitlers Gefolgsmann und Befehlsempfänger in Mecklenburg. Schwerin 2000; Anett Niedergesäß: Zur Rolle des Gauleiters der NSDAP Friedrich Hildebrandt in Mecklenburg unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1933-1939 (Masch. Diplomarbeit). Rostock 1991.

**12** Der NSDAP-Kreis Lübeck. Werden und Wachsen. (Die Kampfjahre). Im Auftrage der Kreisleitung Lübeck der NSDAP nach parteiamtlichen und sonstigen Materialien dargestellt. Lübeck o.D. (1935), S. 20.

**13** Vgl. Behrens: Mit Hitler zur Macht, S. 72. Vgl. auch Aussage Bannemanns vom 18.6.1948 im Spruchgerichtsverfahren: „1927 kam es zu Differenzen mit Gauleiter Hildebrandt. Ich lehnte diesen Mann und seinen Verband ab. Ich zog die Konsequenzen und legte mein Amt nieder.“ BAK Z 42 III, Nr. 988, Bl. 107.



schend akzeptieren musste, zumal Hildebrandt gegenüber der Parteileitung in München wegen der innerparteilich unruhigen Entwicklung in seinem Gau keineswegs unangefochten war. Ab 1929 führte Bannemann auch die zunächst sechsköpfige NSDAP-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft an.<sup>15</sup>

Trotz des gefundenen Arrangements, dass sich Bannemann weiterhin in Lübeck als Aushängeschild und Propagandist der NSDAP betätigen konnte, blieben die Spannungen zwischen ihm und seinem Gauleiter virulent und sollten bis zur Eingliederung Lübecks nach Schleswig-Holstein prägend bleiben. Noch 1936 versuchte Hildebrandt ein letztes Mal, sich Bannemanns zu entledigen. Anlass hierfür bot eine Äußerung Bannemanns in seiner Eigenschaft als Senator der Sozialverwaltung der Hansestadt während einer Arbeitstagung der Nordwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft für Wohlfahrtspflege im April 1936 in Bremen.<sup>16</sup> Er hatte sich auf der Tagung dagegen ausgesprochen, dass der NSDAP oder ihren Gliederungen Fürsorgeempfänger als kostenlose Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen seien, eine Ausnahme sei lediglich im Rahmen des Winterhilfswerkes und der NS-Volkswohlfahrt zu machen. Aufgrund dieser Bemerkung enthob Hildebrandt Bannemann seiner Ämter in der NSDAP und beantragte ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn wegen „parteischädigender“ Äußerungen.<sup>17</sup> Um seinen ursprünglichen und in der Sache eher fadenscheinigen Anwürfen zusätzliche Sprengkraft zu verleihen, beschuldigte der mecklenburgische Gauleiter Bannemann, bereits früh in Gregor Strassers „verräterische“ Tendenzen eingeweiht, schlechterdings also Mitwisser einer Parteiverschwörung gewesen zu sein.<sup>18</sup> Weder die Parteileitung noch das Oberste Parteigericht mochten den Anschuldigungen Hildebrandts folgen, weshalb das Parteigerichtsverfahren umgehend und ohne viel Aufhebens eingestellt wurde.<sup>19</sup>

Ambivalenter als bei Bannemann zeigt sich zunächst die Position von Walter Schröder innerhalb der innerparteilichen Konfliktlinien. Ebenso wie Bannemann gehörte er zu den ersten Mitgliedern der NSDAP in Lübeck.<sup>20</sup> Am 26. November 1902 in Lübeck geboren, besuchte Schröder die Lübecker Oberrealschule zum Dom bis zur Obersekundarreife und absolvierte eine Maschinenbaulehre. Anschließend studierte er Maschinenbau in Hamburg und arbeitete als Konstrukteur in seiner Heimatstadt, bis er zum Jahresende 1931 wegen der schwachen Auftragslage entlassen wurde. Am 25. Mai 1925 war er der NSDAP unter der Mitgliedsnummer 6288 beigetreten und 1928 zum Ortsgruppenleiter in Lübeck ernannt worden.<sup>21</sup> Ab 1929 vertrat er zusammen mit Bannemann die NSDAP in der Bürgerschaft. 1930 berief ihn Hildebrandt zum Kreis- und Bezirksleiter von Lübeck. 1932 erhielt der weiterhin arbeitslose Maschinenbauingenieur Schröder zur finanziellen Versorgung eines der begehrten und prestigeträchtigen Reichstagsmandate – ein Vorgang, der durchaus dafür spricht, dass er zumindest noch zu diesem Zeitpunkt das Vertrauen seines Gauleiters genoss und nicht, wie später von ihm behauptet, bereits 1932 bei Hildebrandt in Ungnade gefallen war.<sup>22</sup> Im Gegenteil – zusätzlich berief die Schweriner Parteizentrale Schröder noch zum Gauinspekteur. Erst 1936 hatte sich Schröder dann so eindeutig positioniert, dass er das Vertrauen Hildebrandts und auch sein Reichstagsmandat verlor.<sup>23</sup>

Ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern der Ortsgruppe und damit zur „Alten Garde“ der Lübecker NSDAP gehörte der kaufmännische Angestellte und Handelsvertreter Herbert Fredrich, in dessen Wohnung auch die erste, provisorische NSDAP-Geschäftsstelle der Ortsgruppe untergebracht war. Geboren am 3. August 1895 in Plathe/Pommern, war Fredrich ebenso wie Bannemann erst kurz zuvor nach Lübeck gezogen.<sup>24</sup> Von Schröder übernahm Fredrich das Amt des Ortsgruppenleiters und zog 1932 für die NSDAP in die Lübecker Bürgerschaft ein.<sup>25</sup> Im selben Jahr wurde Fredrich mit dem Kreisleiteramt des NSDAP-Kreises Lübeck-Land betraut.

Zu dem engeren Kreis führender Lübecker Nationalsozialisten zählten ebenfalls der Rechtsanwalt und NS-Fachberater für Rechtsfragen bei der Gauleitung, Dr. Georg Währer,<sup>26</sup> sowie der Lübecker Pastor und Referent für Kirchenpolitik bei der Gauleitung, Ulrich Burgstaller.<sup>27</sup>

**Der Konflikt zwischen Lübeck und Gauleiter Hildebrandt: Partei versus Staat oder Zentrum versus Peripherie?** Durch die gemeinsame Parteilinie in der während der Weimarer Republik als „rote“ Hochburg im Gau Mecklenburg-Lübeck geschmähten Hansestadt hatte sich ein eng miteinander verbundener Zirkel von „Parteigenossen“ herauskristallisiert, der im Zuge der Machtübernahme im Frühjahr 1933 die wesentlichen Ämter in der Stadtverwaltung besetzte. Wenige Tage nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 hatte der Syndikus der Gewerkekammer, Dr. Friedrich Völtzer,<sup>28</sup> – als Reichskommissar für Lübeck mit weit reichenden Kompetenzen ausgestattet – Banne-



Herbert Fredrich: Mitbegründer der Lübecker NSDAP-Ortsgruppe und späterer Leiter des Arbeitsamts (Quelle: Albrecht Schreiber: Zwischen Hakenkreuz und Holstentor. Lübeck 1925 bis 1939 – von der Krise bis zum Krieg. Lübeck 1983, S. 6)

**14** Bannemann an Reichsleitung der NSDAP vom 7.5.1930, BAB-BDC PK Emil Bannemann. Zu den Einzelheiten von Hildebrandts Suspendierung vgl. Behrens: Mit Hitler zur Macht, S. 92-97.

**15** Der NSDAP-Kreis Lübeck. Werden und Wachsen, S. 56.

**16** Der Vorgang ist überliefert in BAB R 1501 Kommunalabteilung, Nr. 1784 sowie in BAB-BDC OPG Emil Bannemann.

**17** Seit 1933 bekleidete Bannemann neben seinem Posten als Senator der Sozialverwaltung auch das eines Kreisamtsleiters der NSV in Lübeck.

**18** Vgl. Hildebrandt an Oberstes Parteigericht vom 5.11.1936, BAB-BDC OPG Emil Bannemann.

**19** Vgl. Beschluss des Obersten Parteigerichts vom 23.2.1937, ebd.

**20** Die Angaben zu Schröders Werdegang sind entnommen: BAK Z 42 III, Nr. 341; LAS Abt. 460, Nr. 3071; AHL, Personalamt 31-1, Abl. 1968, Bdl. 97, Nr. 2185; Stockhorst: 5000 Köpfe, S. 397, Führerlexikon, S. 438; Lilla: Statisten in Uniform, S. 588f.

**21** Er löste Bannemanns Nachfolger Friedrich Hasselhorst ab, vgl. Der NSDAP-Kreis Lübeck. Werden und Wachsen, S. 40.

**22** Vgl. Stellungnahme Schröders vom 4.6.1947 im Spruchgerichtsverfahren: „Von 1930-1932 war ich Bezirks- und Kreisleiter der NSDAP in Lübeck. Wegen der damaligen Streitigkeiten zwischen der mecklenburger Gauleitung und mir als Vertreter der Lübecker Interessen, mußte ich 1932 meine Ämter als Bezirks- und Kreisleiter niederlegen.“, BAK Z 42 III, Nr. 341, Bl. 4. Belegt ist, dass Schröder zumindest vorübergehend im Februar 1933 als Kreisleiter für Lübeck-Stadt zeichnete, vgl. Appell Schröders im Lübecker Beobachter vom 20.2.1933 sowie „Kreisleiter“ Schröder an Gauleiter Schemm als Vorsitzendem des NS-Lehrerbundes vom 21.2.1933, BAB-BDC PK Walter Schröder. Allerdings taucht im Organisationsplan des Gau Mecklenburg-Lübeck vom 1.10.1932 der Kaufmann Franz Frisch als Kreisleiter für Lübeck-Stadt auf, vgl. BAB NS 22, Nr. 434. Frisch gehörte späteren Aussagen zufolge zu der langen Reihe von Lübecker Kreisleitern, die „abgeschossen“ worden waren. Vgl. Aussage Faber bei der Staatsanwaltschaft Lübeck vom 2.7.1936, LAS Abt. 352 Lübeck, Nr. 471.

**23** Obwohl Schröder auf der Vorschlagsliste für den Reichstag von 1936 auftaucht, (Vgl. Lilla: Statisten in Uniform, S. 588f., 800.) erhielt er kein Mandat. (Für diesen Hinweis danke ich Frank Omland.) Der Verlust eines Reichstagsmandats ohne schwerwiegende Verfehlungen muss als absolute Ausnahmerecheinung gewertet werden, zumal Schröder das Mandat kaum freiwillig niedergelegt haben dürfte, vgl. dazu Peter Hubert: Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945. Düsseldorf 1992, S. 331f. 1938 - nach der Überleitung des Kreises Lübeck nach Schleswig-Holstein - erhielt Schröder sein Mandat zurück.

**24** Vgl. Der NSDAP-Kreis Lübeck. Werden und Wachsen, S. 3ff.

**25** Vgl. ebd. S. 104.

**26** Der promovierte Jurist Währer, Jhg. 1893, trat zwar erst 1928 der Partei bei, führte jedoch bereits seit 1925 den Lübecker Frontbann, vgl. Behrens: Mit Hitler zur Macht, S. 183; Stockhorst: 5000 Köpfe, S. 434 sowie Gerhard Meyer: Vom Ersten Weltkrieg bis 1996: Lübeck im Kräftefeld rasch wechselnder Verhältnisse. In: Antjekathrin Großmann (Hrsg.): Lübeckische Geschichte. Lübeck 19973, S. 677-756, hier: S. 705.

**27** Burgstaller (\*27.11.1894 in Magdeburg) kam 1926 nach Lübeck, vgl. Behrens: Mit Hitler zur Macht, S. 171.

**28** Zur Vita Völtzers vgl. Behrens: Mit Hitler zur Macht, S. 182, Führerlexikon, S. 507

**29** Zu den Abläufen der NS-Machtübernahme in Lübeck vgl. Albrecht Schreiber: Zwischen Hakenkreuz und Holstentor. Lübeck 1925-1939 – von der Krise bis zum Krieg. Lübeck 1983, S. 24ff.; Schneider: Gefährdung und Verlust, S. 75-86 sowie Behrens: Mit Hitler zur Macht, S. 154ff.

**30** Der promovierte Jurist Böhmecker, geb. am 6.11.1899, war erst seit dem 1.5.1933 Pg. (Mitgl. Nr. 2.805.153), fungierte jedoch als Kreisrechtsamtsleiter und war SA-Sturmführer, vgl. Stockhorst: 5000 Köpfe sowie Aussage Böhmecker vor dem NSDAP Gaugericht in Kiel am 22.7.1942, LAS Abt. 358, Nr. 5528. Böhmecker, der zeitweise Drechsler als Oberbürgermeister vertreten hatte, beging im Zusammenhang mit der Lübecker NSV-Korruptionsaffäre 1942 Selbstmord, vgl. Bajohr: Parvenüs und Profiteure, S. 170. In der Affäre war er selbst schwer belastet worden, Nutznießer von Selbstbereicherungen gewesen zu sein, Vgl. BAB BDC, SA SL 49, Bl. 96.

mann, Währer und Burgstaller als drei von insgesamt sieben Staatskommissaren in Lübeck eingesetzt.<sup>29</sup> Bereits zuvor hatte Walter Schröder kommissarisch die Polizeigewalt in der Hansestadt übernommen. Im Mai 1933 wurde unter der Leitung des neuen Oberbürgermeisters Dr. med. dent. Otto-Heinrich Drechsler der neue Senat gebildet. Wesentliche Positionen waren durch die „alten Kämpfer“ Lübecks besetzt: Schröder übernahm das Ressort Inneres, Burgstaller die Oberschulbehörde, Bannemann wurde Senator für Arbeit und Wohlfahrt. Völtzer hatte sich den Bereich Finanzen und Wirtschaft reserviert. Der Jurist Dr. Hans Böhmecker<sup>30</sup> wurde zum Senator für Justiz bestellt. Auch Herbert Fredrich ging nicht leer aus, er avancierte wenig später zunächst zum stellvertretenden Leiter, später zum Leiter des Lübecker Arbeitsamts.

Das Amt des Oberbürgermeisters der Hansestadt übernahm der Zahnmediziner Dr. Drechsler, ebenfalls Nationalsozialist der ersten Stunde.<sup>31</sup> Anders als seine Senatoren entstammte Drechsler nicht dem Lübecker NSDAP-Milieu. 1925 hatte er die Ortsgruppe Kröpelin gegründet und als Ortsgruppenleiter geführt, war Vorsitzender des Gau-USchLA<sup>32</sup> gewesen und hatte von August 1932 bis zu seiner Berufung als Bürgermeister nach Lübeck als stellvertretender Gauleiter von Mecklenburg-Lübeck amtiert. Zumindest nominell war Drechsler also der zweite Mann hinter Hildebrandt, weshalb seine Berufung zum Verwaltungschef der Hansestadt in der Tat einem „Fallschirmsprung hinter den feindlichen Linien“ glich.<sup>33</sup> Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, sich bald nach Amtsantritt in die Riege derjenigen einzureihen, die Lübeck dem Zugriff des Gauleiters so weit wie möglich zu entziehen versuchten. Angeführt hatte diese Bemühungen



Staatskommissar Völtzer, der verschiedene Versuche gestartet hatte, die staatliche Unabhängigkeit Lübecks zu bewahren beziehungsweise die Einsetzung Hildebrandts als Reichsstatthalter und damit auch dessen direkte Einflussnahme auf Lübeck zu verhindern.<sup>34</sup> Drechsler, dessen Einsetzung durch Hildebrandt im Mai 1933 zunächst auf den Widerstand der Lübecker NSDAP gestoßen war,<sup>35</sup> fand offenbar bald Gefallen an der Lübecker Perspektive und beteiligte sich in der Folge maßgeblich an der Eindämmung von Hildebrandts Einfluss auf die Hansestadt. Lübeck war dabei allerdings offenbar nur ein Nebenschauplatz eines weitaus umfassenderen Konflikts zwischen der Gauleitung in Schwerin und der Staatsregierung von Mecklenburg, der bereits ein Jahr nach der Machtergreifung eskalierte. Hildebrandt, der als ehemaliger Landarbeiter seine Hausmacht in erster Linie auf der mecklenburgischen SA und deren Hauptrekrutierungsreservoir, der Landarbeiterschaft begründete, hatte seit ehedem mit der Skepsis der Funktionselementen in Staat und Verwaltung zu kämpfen – eine Machtbasis, die sich zunehmend als bröckelig erwies. Nach einer Reihe von Vorfällen konnten die Spannungen auch von der Reichsleitung nicht mehr ignoriert werden.<sup>36</sup> So hatte im Zusammenhang mit den Röhm-Morden der mecklenburgische Ministerpräsident Engell zusammen mit den regionalen Spitzen der SS, Gestapo und der Landespolizei auch die SA-Führung in Schwerin verhaften lassen, was beinahe zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung mit dem der SA eng verbundenen Gauleiter Hildebrandt geführt hätte. Im Nachgang zu dieser Auseinandersetzung hatte sich Engell bei Reichsinnenminister Frick über das inakzeptable Verhalten Hildebrandts gegenüber den Staatsbehörden und der Verwaltung beschwert und dabei dessen geistige Unzurechnungsfähigkeit angedeutet. Gleichzeitig hatte Heß, ebenfalls über die Vorkommnisse informiert, den für die norddeutschen Gaue zuständigen Beauftragten der Parteileitung, Martin Seidel, angewiesen, die Angelegenheit von Seiten der Partei zu untersuchen und vermittelnd tätig zu werden.<sup>37</sup> Im Juli 1934 berichtete Seidel über die verfahrenere Situation in Mecklenburg: „Zwischen Partei und Staat tobt heute ein heftiger Kampf. Die Regierung versucht planmäßig, den Einfluß der Bewegung zurückzudrängen. Hier geht es nicht mehr um den gemeinsamen Kampf von Partei und Staat gegen gemeinsame Gegner und um ein gemeinsames Ziel, sondern um den gegenseitigen Kampf: Partei oder Staat.“<sup>38</sup> Als Protagonisten im Konflikt mit Gauleiter Hildebrandt sah Seidel in erster Linie Ministerpräsidenten Engell, Ministerialdirektor Steinfatt vom Mecklenburgischen Staatsministerium sowie den Lübecker Oberbürgermeister und vormaligen stellvertretenden Gauleiter Dr. Drechsler.<sup>39</sup>

Während sich die Auseinandersetzung in Schwerin vor allem aus der Konkurrenz zwischen der Partei und den Verwaltungsspitzen sowie aus dem persönlichen Antagonismus der handelnden Personen speiste, spielte in der Situation in Lübeck noch ein weiterer Aspekt eine Rolle. Deutlich wird dies an der ungewöhnlich hohen Fluktuation von NSDAP-Kreisleitern in Lübeck. Allein zwischen 1932 und



Dr. Hans Böhmcker übernahm 1933 das Justizressort in der Hansestadt. (Quelle: Schreiber: Zwischen Hakenkreuz und Holstentor, S. 93)



Obwohl zunächst augenscheinlich ein Vertrauensmann der Schweriner NSDAP-Gauleitung, machte sich der 1933 eingesetzte Oberbürgermeister Dr. Otto-Heinrich Drechsler die Interessen der Lübecker „Kreis-Clique“ schnell zu eigen. (Quelle: Der NSDAP-Kreis Lübeck. Wachsen und Werden.)



Hans Daniels, ein „Eigengewächs“ der Lübecker Nationalsozialisten, übernahm im Herbst 1934 als 29-jähriger die NSDAP-Kreisleitung, die er jedoch bereits nach ein-einhalb Jahren wieder abgeben musste. (Quelle: Der NSDAP-Kreis Lübeck. Wachsen und Werden.)

1937 mussten insgesamt sechs Kreisleiter ihren Posten wieder aufgeben.<sup>40</sup> Zum Vergleich: im benachbarten Gau Schleswig-Holstein wurde in diesem Zeitraum durchschnittlich höchstens einmal der Spitzenfunktionär des jeweiligen Parteikreises ausgetauscht.<sup>41</sup> Der Umstand, dass die „Stellung des Kreisleiters in Lübeck [...] von jeher eine besonders schwierige gewesen“ war,<sup>42</sup> zeigt sich exemplarisch an der Berufung des Nachfolgers von Herbert Fredrich im Amt des Kreisleiters 1934, Erich Lange.<sup>43</sup> Wie anfangs auch bei Drechsler handelte es sich bei dem SA-Hauptsturmführer aus Satow in der mecklenburgischen Provinz gewissermaßen um einen „Präfekten“<sup>44</sup> der Gauleitung in Schwerin, der als Statthalter der mecklenburgischen Parteizentrale die Interessen Hildebrandts in der Hansestadt wahrnehmen sollte. Hildebrandts Personalpolitik erwies sich jedoch als kontraproduktiv, da Lange nicht nur als verlängerter Arm der Gauleitung in Lübeck auftrat, sondern sich auch seine Meriten eher als SA-Schläger denn als strategisch handelnder Funktionär verdient hatte. Dementsprechend waren die Widerstände, auf die er in der Hansestadt traf, zumal Lange keinen Hehl daraus machte, dass er sich als loyalen Gefolgsmann Hildebrandts betrachtete und offenbar kaum eine Gelegenheit ausließ, dies auch demonstrativ unter Beweis zu stellen. So weigerte Lange sich beispielsweise, bei Senatssitzungen aufzustehen, wenn er sich zu Wort meldete.<sup>45</sup> Der Lübecker Kreis-Clique um Bannemann und Schröder fiel es angesichts des ungeschickten Agierens des neuen Kreisleiters im Laufe des Herbstes 1934 nicht schwer, ihn zu demontieren. Anlass boten Gerüchte um ein angebliches Techtelmechtel des verheirateten Lange mit der 24-jährigen Sekretärin der Kreisleitung, wodurch sich der mit rigiden Moralvorstellungen ausgestattete Gauleiter gezwungen sah, Lange als Kreisleiter zu entfernen, obwohl er ahnte, dass es sich um eine „abgekartete Sache“<sup>46</sup> der Lübecker Kreisclique handelte.

Langes Nachfolger als Kreisleiter der NSDAP in Lübeck, Hans Daniels, war indes als „Eigengewächs“ der Lübecker NSDAP gewissermaßen das Gegenteil eines Präfekten der Schweriner Gauleitung. Wie Bannemann und Schröder gehörte der kaufmännische Angestellte Daniels zu den Lübecker Nationalsozialisten, die sehr jung und sehr früh zur örtlichen NSDAP gekommen waren. Am 6. Juni 1905 in Lübeck geboren, war Daniels bereits als 20-jähriger in die Lübecker Ortsgruppe eingetreten.<sup>47</sup> 1928 hatte er das Amt des Ortsgruppenkassenleiters übernommen.<sup>48</sup> Seinem Werdegang entsprechend musste er der Gauleitung als Vertrauensmann der Gruppe um Bannemann, Schröder und Fredrich gelten, weshalb ihn die Parteileitung in Schwerin zweifellos mit Misstrauen betrachtete. Wohl nicht zuletzt deswegen wurde Daniels von der Gauleitung Anfang Januar 1936 Ernst Faber als neuer Kreispersonalamtsleiter zur Seite gestellt, der mit dem ausdrücklichen Auftrag ausgestattet war, der Gauleitung über die Verbindungen zwischen dem Senat und der Kreisleitung zu berichten.<sup>49</sup> Gleich nach Amtsantritt bei der NSDAP-Kreisleitung der Hansestadt wurde Faber deutlich gemacht, dass er sich von nun an eindeutig zu positionieren habe: „Ich selbst

**31** Drechsler, am 1. April 1895 in Lütz/Mecklenburg geboren, war hoch dekoriertes Weltkriegsteilnehmer und Mitglied der Deutschvölkischen Freispartei, vgl. BAB BDC-SA Otto-Heinrich Drechsler; Führerlexikon, S. 100; Stockhorst: 5000 Köpfe, S. 112 sowie Behrens: Mit Hitler zur Macht, S. 172.

**32** USchLA: „Untersuchungs- und Schlichtungs-Ausschuss“, bis etwa 1933 die parteiinterne Bezeichnung der NSDAP-Parteigerichte.

**33** Kasten: Hildebrandt, S. 219.

**34** Vgl. hierzu Schneider: Gefährdung und Verlust, S. 82ff. sowie Bernd Kasten: Konflikte zwischen dem Gauleiter Friedrich Hildebrandt und dem Staatsministerium in Mecklenburg 1933-1939. In: Mecklenburger Jahrbücher 112 (1997), S. 157-175, hier: S. 159ff.

**35** Vgl. Kasten: Konflikte, S. 161.

**36** Zu diesem und weiteren Vorgängen vgl. ebd., S. 163ff. sowie Akten der Partei-Kanzlei, Bl 11701135-84.

war erst ca. 10 Tage in Lübeck und wurde schon von dem damaligen Kreisgeschäftsführer Pg. Eggert im Beisein des damaligen Kreisleiters Daniels darauf aufmerksam gemacht, dass, wenn ich nicht in ganz kurzer Zeit innerlich und äusserlich Lübecker würde, ich dann in ganz kurzer Zeit in Lübeck ein erschossener Mann wäre.“<sup>50</sup> Faber berichtete an die Gauleitung, die offenbar schnell handelte und Daniels mitsamt seines Kreisgeschäftsführers zum Rücktritt zwang, welcher am 1. April 1936 erfolgte.<sup>51</sup>

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Situation in Lübeck nicht nur als Konflikt zwischen Verwaltung und Parteidienststellen lesen, sondern muss auch als Auseinandersetzung zwischen Peripherie, nämlich der Lübecker „Kreisclique“, und Zentrum, der Gauleitung in Schwerin, gedeutet werden. Keineswegs lassen sich die Lager etwa in alte, konservative Eliten in Staat und Verwaltung auf der einen Seite und Nationalsozialisten auf der anderen Seite scheiden. Wie bereits erläutert, war gerade der Lübecker Senat nahezu vollständig mit überzeugten Nationalsozialisten und langjährigen Lübecker Parteidienststellen besetzt, so dass von einer grundsätzlichen weltanschaulich-politischen Deckungsgleichheit von Senat und Parteidienststellen auszugehen ist. Eine solche Übereinstimmung war indes keine Garantie für eine erquickliche Zusammenarbeit, sondern in diesem Fall ein Quell für regionale Partikularinteressen und erbittert geführte Kämpfe um die Macht in der Hansestadt. Insbesondere die Lübecker Senatoren reagierten äußerst empfindlich auf den leisesten Anschein, dass beispielsweise die Kreisleitung sich in vermeintlich unbilliger Weise in die Amtsgeschäfte der Stadtverwaltung mischte, wie aus der weiteren Entwicklung des Verhältnisses zwischen Senat und dem neuen Kreisleiter, Johann Andresen, deutlich wurde.

Nach der Amtsenthebung Daniels' und Eggerts hatte Hildebrandt die Gelegenheit genutzt, die Verhältnisse in der Lübecker Parteiorganisation erneut zu ordnen und die Führung der Kreisleitung in seinem Sinne zu besetzen. Mit Johann Andresen als Kreisleiter und Wilhelm Meyn als Kreisgeschäftsführer platzierte die Gauleitung zwei geografische Außenseiter an die Spitze des problematischen Parteikreises, die über keinerlei Verpflichtungen gegenüber der „Kreis-Clique“ in Lübeck verfügten und somit von dieser als oktroyierte „Präfekten“ der Gauleitung betrachtet wurden. Andresen, geboren

**37** Frick an Heß vom 13.7.1934, Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes. Sammlung der in anderen Provenienzen überlieferten Korrespondenzen, Niederschriften und Besprechungen usw. mit dem Stellvertreter des Führers und seinem Stab bzw. der Parteikanzlei, ihren Ämtern, Referaten und Unterabteilungen sowie mit Hess und Bormann persönlich. Hrsgg. vom Institut für Zeitgeschichte, Teil I (3 Bde.) bearb. von Helmut Heiber. München u.a. 1983; Teil II (3 Bde.) bearb. von Peter Longerich. München u.a. 1992, Bl. 012655f.

**38** Bericht des Beauftragten der Parteilitung, Hans Seidel, vom 30.7.1934, Akten der Parteikanzlei, Bl. 11701169-1173.

**39** Obwohl Engell und Steinfatt im Oktober 1934 ihre Posten räumen mussten, blieb der Grundkonflikt zwischen Gauleitung und Staatsministerium ungelöst, denn Staatsminister Scharf blieb bis Kriegsende im Amt und in konsequenter Opposition zu Hildebrandt, vgl. Kasten: Konflikte, S. 167ff. sowie Peter Diehl-Thiele: Partei und Staat im Dritten Reich. München 1969, S. 48f.

**40** Vgl. Aussage Fabers bei der Staatsanwaltschaft Lübeck vom 2.7.1936: „Nach meiner Ansicht sind folgende Kreisleiter hier in Lübeck ‚abgeschossen‘ worden: Lange, Fritsche [sic], Fredrichs [sic], Schröder, Daniels, Andresen.“, LAS Abt. 352 Lübeck, Nr. 471.

**41** Auf die (zeitweise) bestehenden 22 Parteikreise in Schleswig-Holstein kamen innerhalb dieses Zeitraums insgesamt 40 Kreisleiter. Errechnet auf der Basis von Lehmann: Kreisleiter.

**42** So musste das Lübecker Landgericht 1936 feststellen, vgl. Urteilsabschrift des Landgerichts Lübeck in der Sache gegen Ernst Faber vom 5.2.1937, LAS Abt. 352 Lübeck, Nr. 471.

**43** Vgl. Kasten: Hildebrandt, S. 223.

**44** Vgl. hierzu Wolfgang Stelbrink: Die Kreisleiter der NSDAP in Westfalen und Lippe. Versuch einer Kollektivbiographie mit biographischem Anhang. Münster 2003, S. 74.

**45** Vgl. zu den Einzelheiten Kasten: Hildebrandt, S. 223ff.

**46** Zitiert nach ebd., S. 224.

**47** Parteieintritt am 24.6.1925 unter der Nr. 8.565. Vgl. BAB-BDC PK Hans Daniels sowie AHL, Abt. Entnazifizierung, Soll-Liste Nr. 1813/50.

**48** Der NSDAP-Kreis Lübeck. Werden und Wachsen, S. 40. Er behielt dieses Amt bis mindestens 1932, vgl. Lübecker Beobachter vom 6.2.1932.

**49** Aussage Fabers vor dem Staatsanwalt beim Sondergericht Hamburg vom 8.8.1936, LAS Abt. 352 Lübeck, Nr. 471.

**50** Faber in einem undatierten Gnadengesuch an Hitler, ebd.

**51** Im Zuge des gegen ihn laufenden Entnazifizierungsverfahrens verwies Daniels nach dem Krieg zwar auf Differenzen mit Hildebrandt, betonte jedoch, das „Amt aber auf eigenen Wunsch niedergelegt“ zu haben. Protokoll des Entnazifizierungs-Hauptausschusses Lübeck vom 12.12.1949, AHL, Denoz SL 1813/50.

am 2.2. 1904 in Flensburg, besaß mit seiner niedrigen Parteinummer (Nr. 17.027) eines der wichtigsten Qualifikationsmerkmale eines zuverlässigen Parteifunktionärs und hatte sich in der mecklenburgischen NSDAP als Ortsgruppenleiter von Warnemünde von 1933 bis 1935, wo er gleichzeitig als Angestellter der Heinkel-Werke beschäftigt war, und anschließend als hauptamtlicher Kreisleiter in Güstrow seine Meriten als Politischer Leiter verdient.<sup>52</sup>

Für Wilhelm Meyn bedeutete die Berufung nach Lübeck in das wichtige Amt des Kreisgeschäftsführers einen Karrieresprung in den hauptamtlichen Parteidienst, bis dato hatte der 1930 der Partei beigetretene Meyn als Ortsgruppenleiter in Rostock-Stadt Parteiarbeit geleistet.<sup>53</sup>

Die Berufung von Andresen und Meyn nach Lübeck brachte jedoch keineswegs eine Beruhigung der aufgeheizten Situation in der Hansestadt. Vielmehr begannen nunmehr die Senatsmitglieder, den Konflikt durch eine Reihe von gezielten Störmanövern zu verschärfen, die bei den Mitarbeitern der Kreisleitung ein „Gefühl der Ohnmacht“ hervorriefen, „weil sie in keiner Weise in die kommunale Angelegenheiten eingebaut [wurden], anders als in anderen Städten.“<sup>54</sup> So verbat sich etwa der Innensenator Walter Schröder, seines Zeichens immerhin selbst ehemaliger NSDAP-Kreisleiter, dass der amtierende Kreisleiter Johann Andresen direkt Kontakt zu Beamten aus dem Schröder unterstellten Bauamt aufnahm. Andresen hatte im Auftrag der Gauleitung Informationen über den Stand der Bauvorhaben in Lübeck anlässlich der Sanierung der Altstadt verlangt.<sup>55</sup> Kurz zuvor hatte sich der Senator für Arbeit und Wohlfahrt, Emil Bannemann, in einer Senatssitzung offiziell darüber beschwert, dass der NSDAP-Kreisorganisationsleiter sich erdreistet hätte, seine Behörde an die Erledigung einer Anfrage der Kreisleitung zu erinnern.<sup>56</sup> Durch Anlässe wie diese sah sich der Senat bemüht, einmal grundsätzlich feststellen zu lassen, „inwieweit von der Reichsleitung Parteianordnungen ergangen sind hinsichtlich der Berechtigung der Parteidienststellen, von staatlichen Dienststellen Auskünfte und Material zu begehren.“ Zwar halte „der Senat ein gutes Zusammenarbeiten mit der Partei für unbedingt notwendig[,] eine Aussprache mit dem Gauleiter“ sei jedoch dringend geboten.<sup>57</sup> Dass das Verhältnis der wichtigsten Senatsmitglieder zum Gauleiter zu diesem Zeitpunkt bereits unwiderruflich zerrüttet war, lässt sich deutlich an dem wenig später anlaufenden Parteiausschlussverfahren Hildebrandts gegen Bannemann und dem etwa auf diesen Zeitraum zu datierenden Reichstagsmandatsverlust Schröders ablesen.

Der Gegensatz der Lübecker „Kreis-Clique“ um Bannemann und der Schweriner Parteizentrale fand seine Entsprechung auch innerhalb des Kreisstabs der Lübecker Kreisleitung. Innerhalb kürzester Zeit eskalierten die Spannungen darin, dass der neue Kreisleiter Andresen zusammen mit Meyn Strafanzeige gegen den Kreispersonalamtsleiter Faber wegen übler Nachrede und Beleidigung stellte. Die nachfolgenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen offenbarten das ganze Ausmaß der inneren Zerrissenheit der Lübecker

**52** Vgl. Aussage Andresens zum Lebenslauf bei der Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht Hamburg in Lübeck vom 7.8.1936, LAS Abt. 352 Lübeck, Nr. 471; BAB-BDC PK Johann Andresen. Vgl. Behrens: *Mit Hitler zur Macht*, S. 169.

**53** Vgl. Personalakte Meyn in Akten der Parteikanzlei, Bl. 30704664-74. Sowie Behrens: *Mit Hitler zur Macht*, S. 177.

**54** Aussage Meyn (o.D.), LAS Abt. 352 Lübeck, Nr. 471.

**55** Vgl. undatierte Aussage Wilhelm Meyn, ebd.

**56** Niederschrift über die Besprechung der Senatsmitglieder am 16.6.1936, AHL 4-0 SP 1937 Senatsprotokolle 1932-37.

**57** Niederschrift über die Besprechung der Senatsmitglieder am 30.6.1936, ebd.

NSDAP.<sup>58</sup> Faber hatte zusammen mit den Kreisamtsleitern Foll und Clasen versucht, Andresen gleich nach dessen Amtsantritt über die feindselige Haltung der Bannemann-Clique im Lübecker Senat gegenüber der Gauleitung aufzuklären und ihn auf ihre Seite zu ziehen. Zudem weihten sie Andresen ein, dass „der Kreisamtsleiter Degenhardt [...] auf Seiten des Senats und des früheren Kreisleiters Daniels [stünde und] daher mit Vorsicht zu betrachten“ sei.<sup>59</sup> Sowohl der etwas naiv auftretende Andresen als auch Meyn lehnten es ab, sich ohne Prüfung Fabers Sicht der Dinge anzuschließen, und Faber, der selbst eigene Karriereziele verfolgte, begann gemeinsam mit den Kreisamtsleitern Foll und Clasen einen Kleinkrieg gegen Andresen und Meyn anzuzetteln. In der Folgezeit wurden Anordnungen des Kreisleiters systematisch ignoriert und öffentlich Kritik an dessen Maßnahmen geübt. Gleichzeitig versorgte Kreispresseamtsleiter Degenhardt den früheren Kreisleiter Daniels regelmäßig mit Interna über die Zustände in der Kreisleitung. Endgültig eskalierte die Situation als Faber das Gerücht zu streuen begann, Meyn und Andresen, die sich nach ihrer Ankunft in Lübeck zunächst ein gemeinsames Zimmer geteilt hatten, würden eine homosexuelle Beziehung unterhalten.<sup>60</sup>

Damit war auch die Geduld Hildebrandts ausgereizt. Im Juni 1936 zitierte er seinen ehemaligen Schützling Faber nach Rostock, schloss ihn aus der Partei aus und übergab ihn der Gestapo. In dem sich anschließenden Verfahren verurteilte das Lübecker Landgericht Faber wegen übler Nachrede zu vier Monaten Gefängnis.

Nach dieser Affäre stand Hildebrandt in Lübeck endgültig vor einem Scherbenhaufen, denn auch die Position von Meyn und Andresen war durch den Skandal in der Stadt unhaltbar geworden. Meyn verließ Lübeck bereits im Oktober 1936, Andresen blieb bis April 1937. Allerdings wusste Hildebrandt das Engagement der beiden in unterschiedlicher Weise zu würdigen. Während Meyn mit dem Posten des Kreisleiters Schwerin-Stadt, am Sitz der Gauleitung, bedacht wurde und während des Krieges sogar Gauinspekteur in Mecklenburg wurde,<sup>61</sup> schied Andresen aus dem Gau Mecklenburg aus und übernahm den Posten des Kreisleiters in Stolp in der pommerschen Provinz.<sup>62</sup>

Gegen seinen eigenen Willen war Faber in der Affäre um Meyn und Andresen ein nützliches Werkzeug der Lübecker „Kreis-Clique“ geworden, um Hildebrandt die Grenzen seiner Macht in der Hansestadt zu demonstrieren. Deshalb zeigten sich Bannemann, Schröder und Drechsler auch großzügig gegenüber Faber und setzten sich nach erfolgter Eingliederung Lübecks nach Schleswig-Holstein für die Erlassung seiner Haftstrafe ein. So äußerte sich etwa Drechsler scheinheilig: „Faber ist m.E. nicht zuletzt das Opfer einer Hetze von gewisser Seite geworden. Er sagt [...] ja selbst, dass man dem ehemaligen Senat auf der Gauleitung in Schwerin separatistische Anschauung vorwirft. Ohne vor allem auch auf die unwahren Behauptungen Faber's [sic] über den ehemaligen Lübecker Senat näher einzugehen“ sei er ebenfalls der Auffassung, dass Faber begnadigt wer-

**58** Der gesamte Vorgang ist überliefert in LAS 352 Lübeck, Nr. 471.

**59** Aussage Andresen bei der Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht Hamburg in Lübeck vom 7.8.1936, ebd.

**60** Vgl. die verschiedenen Aussagen Andresens und Meyns sowie Urteil des Landgerichts Lübeck vom 5.2.1937, ebd.

**61** Vgl. Personalakte Meyn in Akten der Parteikanzlei, Bl. 30704664-74.

**62** Vgl. Versetzungsmeldung vom 5.6.1937, Akten der Parteikanzlei Bl. 11702103 sowie die Unterlagen in BA Ludwigsburg, 112 AR-Z 136/92 (Verfahren gegen Kirks u. a.). Andresen galt bei Kriegsende als verschollen und wurde 1946 für tot erklärt, vgl. ebd.



Zwei Nachbarn, die sich in ihrer Interpretation des Nationalsozialismus und in ihrem taktischen Geschick deutlich unterscheiden. Die NSDAP-Gauleiter Friedrich Hildebrandt (Mecklenburg-Lübeck) und Hinrich Lohse (Schleswig-Holstein).

(Quellen: a) Behrens: Mit Hitler zur Macht, S. 36; b) Sammlung Rasmussen)

**63** Drechsler an Oberstaatsanwalt Lübeck vom 27.11.1937, LAS Abt. 352 Lübeck, Nr. 471. Vgl. auch die fast gleich lautenden Befürwortungen Bannemanns und Schröders, ebd.

**64** Vgl. Behrens: Mit Hitler zur Macht, S. 66f.

**65** Die Argumentation, dass die Eingliederung Lübecks nach Preußen gewissermaßen Folge einer „parteilpolitischen Intrige“ gewesen war, wurde bereits kurz nach dem Krieg durch prominente Zeitgenossen vertreten, vgl. Stellungnahme des Senators a.D. Hans Ewers vom 19.4.1956, abgedruckt in: Ahashver v. Brandt (Hrsg.): Lübeck und Artikel 29 Abs. 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Akten und Urteil im Beschwerdeverfahren der Vaterstädtischen Vereinigung Lübeck e.V. vor dem Bundesverfassungsgericht. In: ZLGA 37 (1957), S. 29-94, hier S. 56ff.

**66** Schneider: Gefährdung und Verlust, S. 91 sowie 104, Anm. 349.

den müsse.<sup>63</sup> Eben jene „separatistischen“ Tendenzen des Senats bildeten jedoch den Kern der Auseinandersetzungen zwischen der Lübecker „Kreis-Clique“ und der Schweriner Gauleitung.

**Die Eingliederung Lübecks in den Gau Schleswig-Holstein.** Das Verhältnis der beiden benachbarten Gauleiter Lohse und Hildebrandt war – auch wenn ernsthafte Auseinandersetzungen nicht überliefert sind – durchaus nicht freundschaftlich. Zu sehr unterschied sich Lohse

von Hildebrandt und der sozialradikalen Interpretation des Nationalsozialismus des ehemaligen Landarbeiters, die der eher opportunistisch-pragmatisch veranlagte und zumeist taktisch-flexibel agierende Lohse nicht zu teilen vermochte.<sup>64</sup>

Die Eingliederung Lübecks in die preußische Provinz Schleswig-Holstein wurde sowohl von Seiten der Lübecker „Kreis-Clique“ als auch von Oberpräsident und Gauleiter Hinrich Lohse begrüßt. Für Lohse bedeutete die Eingliederung eine gewisse Kompensation für den schmerzlichen Verlust der beiden schleswig-holsteinischen Großstädte Altona und Wandsbek an Hamburg. Zudem bot die zuge-spitzte Situation in Lübeck zwischen den lokalen Entscheidungsträgern und dem mecklenburgischen Gauleiter die Gelegenheit, den neuen Parteikreis möglichst geräuschlos in seinen Gau zu integrieren, denn Lohse konnte damit rechnen, dass die Loyalität der Lübecker Nationalsozialisten zu ihrem vormaligen Gauleiter in Schwerin eher gering zu veranschlagen war.<sup>65</sup>

Bereits im Herbst 1936 – zu einem Zeitpunkt, als sich die Gerüchte über eine Gebietsveränderung zugunsten Groß-Hamburgs und eine mögliche Einbeziehung Lübecks in die Planungen zur Gewissheit zu verdichten begannen – trafen sich einige der Lübecker Entscheidungsträger mit Lohse und dem stellvertretenden Gauleiter Wilhelm Sieh in Eutin, zu diesem Zeitpunkt noch Mittelpunkt des oldenburgischen Landesteils Lübeck, zu einer Besprechung über die weitere Vorgehensweise.<sup>66</sup> Obwohl die Ergebnisse der Verhandlungen nicht überliefert sind, ist davon auszugehen, dass hier bereits auf regionaler Ebene erste Verhandlungen geführt und gemeinsame Strategien abgesprochen wurden.

Der Weg zwischen der endgültigen Entscheidung für ein Groß-Hamburg und dem Vollzug der Gebietsveränderungen war kurz. Nachdem im Dezember 1936 Göring in Gesprächen mit dem Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann die Frage der Gebietserweiterung zugunsten Hamburgs politisch entschieden hatte, erfolgte bereits am 26. Januar 1937 die Verkündung des Gesetzes über Groß-Hamburg und andere Gebietsvereinigungen. Die Übergabe der Gebiete sollte schon zum 1. April vollzogen werden.<sup>67</sup> Neben den beiden schles-

wig-holsteinischen Großstädten Altona und Wandsbek und einer ganzen Reihe von Gemeinden der Landkreise Pinneberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg gewann das Land Hamburg die Stadt Harburg-Wilhelmsburg und einige Gemeinden der Landkreise Harburg und Stade hinzu. Preußen beziehungsweise Schleswig-Holstein wurde territorial zusätzlich entschädigt durch die Integration des oldenburgischen Landesteils Lübeck nach Schleswig-Holstein, welcher die Bezeichnung Landkreis Eutin erhielt.<sup>68</sup> Hier hielten sich jedoch die Folgen für die Parteiorganisation der NSDAP in Grenzen, denn organisatorisch gehörten die dortigen Nationalsozialisten bereits vorher zum Gau Schleswig-Holstein.

Lohse hatte erkannt, dass die Einbindung der Exponenten der Lübecker „Kreis-Clique“ für ihn den größtmöglichen Nutzen versprach, und setzte sich frühzeitig dafür ein, dass die entscheidenden Männer im Lübecker Senat – nämlich Drechsler, Bannemann, Schröder und Böhmcker – auch nach der Eingliederung Lübecks auf ihren Posten blieben. Zudem sollten sie auf eigenen Wunsch die historische Amtsbezeichnung „Senator“ auch weiterhin führen.<sup>69</sup> Um auch in der parteipolitischen Führung des Kreises das Konfliktpotential nach Möglichkeit zu minimieren, berief Lohse zudem Bannemann als Kreisleiter in Lübeck. Für Andresen hatte Lohse in dem neuen schleswig-holsteinischen Parteikreis keine Verwendung mehr, er bescheinigte ihm, „weltanschaulich unklar“, „für die Stadt Lübeck nicht repräsentativ genug“ und alles in allem „der Stellung eines Kreisleiters in Lübeck nicht gewachsen“ zu sein.<sup>70</sup> Bei Andresens Verabschiedung am 14. April 1937 versah nicht Lohse, sondern Gauinspekteur Emil Paulsen die Übergabe der Geschäfte an Bannemann.

Bannemann hatte sich zuvor im Oktober 1936 als Senator beurlauben lassen, um als kommissarischer Treuhänder der Arbeit für Sachsen seinen weiteren Karriereweg auszubauen.<sup>71</sup> Bannemanns Bereitschaft, diesen Posten aufzugeben und das zweifellos weniger prestigeträchtige Kreisleiteramt anzutreten, ist deshalb als Zugeständnis der Lübecker Machtelite zu bewerten, um die sich aus der Eingliederung Lübecks in die schleswig-holsteinische Gauorganisation ergebenden Veränderungen möglichst sanft abzufedern. Kaum verhohlen klang dieser Wunsch durch in der Rede, welche Bannemann aus Anlass seiner Einführung in das Kreisleiteramt hielt und in der er die Schwierigkeiten, die sich nach 1933 im Miteinander zwischen Staat und Partei ergeben hatten, herausstrich, indem er betonte, dass er für sich „in Lübeck die Aufgabe [sähe], etwa vorhandene ungesunde Spannungen zwischen Partei und Verwaltungen, zwischen Parteiorganisationen und Volk zu beseitigen und eine Vertrauensbasis zu schaffen, auf der alle, die guten Willens sind, mitarbeiten können.“<sup>72</sup>

Ob Bannemanns Kreisleitertätigkeit bereits bei seiner Berufung lediglich als Übergangslösung projiziert gewesen war, muss dahingestellt bleiben, ist jedoch wahrscheinlich. Zweifellos ist seine Berufung auch vor dem Hintergrund sich verknappten Personalres-

**67** Vgl. hierzu Schneider: Gefährdung und Verlust, S. 94ff.

**68** Vgl. hierzu Stokes: Kleinstadt und Nationalsozialismus, S. 807ff. sowie Hermann Diercks (Hrsg.): Denkschrift zur Eingliederung des oldenburgischen Landesteils in die Provinz Schleswig-Holstein am 1. April 1937. Plön 1937 sowie Robert-Dieter Klee: Der Kreis Herzogtum Lauenburg und das Groß-Hamburg-Gesetz. In: Lauenburgische Heimat 147 (1997), S. 70-87 und Perrey: Stormarns preußische Jahre, S. 358-366.

**69** Drechsler an Staatsminister Popitz vom 26.2.37, AHL, Abl. 1968, Bdl. 3, Nr. 42, PA Emil Bannemann. Letzterer Wunsch blieb unerfüllt, aus den Senatoren wurden Stadträte, Drechsler trug den Titel Oberbürgermeister.

**70** Andresen an Lohse vom 23.3.1937 sowie dessen Antwortschreiben vom 6.4.1937, BAB DBC-PK Lohse. Als Anlass hatte Lohse einen von Andresen verfassten und im Lübecker Volksboten veröffentlichten Zeitungsartikel genommen, Lohse an Heß vom 18.3.1937, ebd.

**71** Vgl. Personalakte Bannemann, AHL, Abl. 1968, Bdl. 3, Nr. 42 sowie BAK Z 42 III, Nr. 988, Bl. 2. Damit kam Bannemann als der exponierteste Gegner Hildebrandts in Lübeck zumindest bis zum Vollzug der Überleitung Lübecks vorübergehend aus der Schusslinie.

**72** Einführungsrede des Kreisleiters Bannemann vom 19.4.1937, abgedruckt in: Lübeckische Blätter 79 (1937), Nr. 17, S. 363ff.

Mit Otto Clausen übernahm 1937 ein Außenseiter die NSDAP-Kreisleitung in Lübeck. Hier ist Clausen in Wehrmachtuniform zu sehen. (Quelle: Privatbesitz Volker Clausen, Eutin.)



**73** Vgl. u. a. Nordische Rundschau Nr. 205 vom 3.9.1937. Zur endgültigen Übernahme des zunächst kommissarisch ausgeübten Postens als Gauobmann vgl. auch BAB R 1501 Kommunalabteilung, Nr. 1784.

**74** Brix wurde als Sohn eines Kaufmanns am 4.11.1902 in Husum geboren und absolvierte nach dem Besuch der Volksschule und des Gymnasiums und einer abgebrochenen Lehrerausbildung eine Banklehre. In Altona tat er sich bereits früh als Aktivist hervor, lernte über die Mitgliedschaft im Freikorps Rossbach viele spätere Nationalsozialisten kennen und trat 1925 als 22-jähriger der NSDAP bei (Mitgl.-Nr. 7486) bei, in der er zunächst die Ortsgruppe Altona leitete. 1926 gründete er zusammen mit anderen die Altonaer SA-Gruppe und gehörte 1932-33 sowohl dem Preußischen Landtag als auch seit 1929 dem Provinziallandtag an. Vgl. zu Brix BAB-BDC-OrPo; BDC-SA, BDC-PK Emil Brix; Staatsarchiv HH 221-11 Z, Nr. 8007 (Entnazifizierungsakte); Staatsarchiv HH 421-5, Nr. Kc 10; Führerlexikon, S. 75; Handbuch für den Preußischen Landtag (1933), S. 313; Anthony McElligott: *Contested City. Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona 1917-1937*. Ann Arbor 1998, S. 203ff., 217ff. sowie Lehmann: *Kreisleiter*, S. 430f.

ourcen in Partei, Staat und Wirtschaft zu betrachten, weshalb geeignete schleswig-holsteinische Kandidaten für die Besetzung eines solch heiklen Postens schwer zu finden gewesen sein dürften. In diesem Zusammenhang steht auch Bannemanns weiterer Werdegang, denn bereits im September 1937 legte er das Kreisleiteramt nieder, um den mit weitaus mehr Einfluss und Prestige verbundenen Posten als Gauobmann der DAF Schleswig-Holstein anzutreten.<sup>73</sup> Mit diesem Karriereschub als Kompensation dankte Lohse Bannemann für dessen Bereitschaft, die Lübecker NSDAP ohne größere Probleme in die schleswig-holsteinische Parteiorganisation geleitet zu haben. Mit der Berufung Bannemanns an die Spitze der DAF-Gauverwaltung löste Lohse ein weiteres Personalproblem, denn durch die Alkoholexzeesse und peinlichen öffentlichen Auftritte des vormaligen Altonaer Kreisleiters und Oberbürgermeisters, Emil Brix, hatte sich dieser zu diesem Zeitpunkt endgültig disqualifiziert und sein Amt als DAF-Gauobmann abgeben müssen.<sup>74</sup>



Die Berufung von Bannemanns Nachfolger als Kreisleiter in Lübeck wirft ein bezeichnendes Licht auf die Personalpolitik der Gauleitung wenige Jahre vor Kriegsausbruch, denn Lohse ernannte den selbst in Parteikreisen weitgehend unbekanntem Flensburger Baumschulbesitzer Otto Clausen. Am 31.5.1906 in Tarup bei Flensburg geboren, legte Clausen nach dem Besuch der Volksschule und der Oberrealschule 1925 das Abitur ab. Während seines Maschinenbaustudiums an der Technischen Universität Hannover und einer kurzen Mitgliedschaft im Jungdeutschen Orden trat Clausen 1929 im Alter von 23 Jahren der NSDAP bei. Wenig später folgte der Eintritt in die SA, aus der Clausen jedoch schnell wieder ausschied und in die SS übertrat. Bis 1937 stieg er zum SS-Sturmbannführer auf. Nach Abschluss seines Studiums verhinderten schlechte Berufsaussichten und der Tod des Vaters, dass Clausen als Ingenieur arbeitete, weshalb er nach einer Gärtnerlehre den väterlichen Baumschulbetrieb übernahm. Obwohl er seinen Berufswunsch nicht verwirklichen konnte, kann von einer sozialen Deklassierung auch in diesem Fall nicht gesprochen werden, denn es handelte sich bei dem väterlichen Betrieb um einen mittelständischen Betrieb mit etwa zehn Mitarbeitern. 1935 übernahm Clausen das Amt des Bürgermeisters in Tarup, 1936 wurde er Amtsvorsteher in Adelby. Abgesehen von einem kurzen Engagement als Beisitzer des NSDAP-Kreisgerichts in Flensburg blieb Clausen parteipolitisch ein unbeschriebenes Blatt.<sup>75</sup>

Umso erstaunlicher erscheint seine Berufung zum Kreisleiter in den problematischen Stadtkreis Lübeck am 1. Oktober 1937.<sup>76</sup> Mit 31 Jahren war Clausen ein sehr junger Kreisleiter<sup>77</sup> und er dürfte innerhalb der Partei eher über einen geringen Vernetzungsgrad verfügt haben. Die Gauleitung wird durch einen ehemaligen Schulfreund Clausens, den Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen NSDAP-Gaugerichts und ehemaligen Adjutanten Lohses, Wilhelm Lütt, auf ihn aufmerksam gemacht worden sein. Die Berufung Clausens bot mit Hinsicht auf den Lübecker Kreisleiterposten für Lohse einige entscheidende Vorteile: Zunächst repräsentierte er eine junge Generation von Kreisleitern und passte in diesem Sinn in das Personalrevirement, das die Gauleitung anlässlich der Auflösung der Personalunionen auf der Ebene der Kreisleiter 1937 vollzog mit dem Ziel, das Kreisleiterkorps zu verjüngen. Gleichzeitig verfügte Clausen als geografischer Außenseiter über keine nachweisbaren Verbindungen zur Lübecker „Kreis-Clique“ vor seiner Berufung. Durch diese Maßnahme verschaffte sich Lohse ein gewisses Maß an Kontrolle in dem Parteikreis – den er nach wie vor als tendenziell problematisch betrachten musste –, denn Clausen war durch seine Berufung allein Lohse persönlich verpflichtet. Durch das Fehlen von lokalen Verbindungen, einer echten Hausmacht und parteiinternen Meriten, die er sich etwa als Ortsgruppen- oder Kreisamtsleiter hätte verdienen können, war Clausen ein politisch „schwacher“ Kreisleiter, der sich allein durch die Unterstützung des Gauleiters legitimieren konnte. Dadurch waren die Kräfteverhältnisse zwischen den Lübecker Ent-

**75** Soweit nicht anders vermerkt entstammen die Angaben zu Clausens Vita seiner Spruchgerichtsakte (BAK Z 42 III, Nr. 3122), BAB BDC-SSHO Otto Clausen sowie Volker Clausen: Spurensuche im Leben meines Vaters Otto Bernhard Clausen, Kreis- und Bereichsleiter der NSDAP in Lübeck (Masch. Manuskript), für dessen Überlassung ich Herrn Volker Clausen (Eutin) danke.

scheidungsträgern im Senat und der Kreisleitung zu Gunsten der Ersteren klargestellt, was diesen die Berufung eines Außenseiters zweifellos attraktiv erscheinen ließ. Die Berufung Clausens zum Kreisleiter in Lübeck mag als Beispiel für Lohses taktische Flexibilität in Personalfragen betrachtet werden, denn somit erreichte die Gauleitung, dass in Lübeck ein Mindestmaß an zentraler Kontrolle gewahrt blieb, ohne dass in der Berufung der Kern für weitere Konflikte angelegt war.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen Senat und Kreisleitung scheint Clausens Berufung ausgleichend gewirkt zu haben, zumindest sind keine weiteren Konflikte überliefert. Offenbar hielt sich Clausen in vielen Angelegenheiten eher bedeckt, als dass er initiativ wurde. Beispielhaft mag hier das Treffen zwischen Lübecker Vertretern und den politischen Entscheidungsträgern des benachbarten Landkreises Eutin dienen.<sup>78</sup> Grund für ein solches Treffen waren die von Eutiner Seite geäußerten Bedenken, dass sich Lübeck um die Einverleibung von Teilen des Landkreises Eutin, insbesondere der benachbarten Stadt Bad Schwartau, bemühen würde. Auf Initiative des Senats kam es im Januar zu einem Treffen mit dem Eutiner Landrat Ernst Sieh, Mitgliedern des Kreis Ausschusses und dem Eutiner Kreisleiter Johannes Meyer in Lübeck. Zwar nahm auch Clausen auf Lübecker Seite an dem Treffen teil, im Gegensatz zu seinem Eutiner Kollegen blieb er jedoch weitgehend im Hintergrund.

Gleich bei Kriegsausbruch meldete sich Clausen zur Wehrmacht, blieb allerdings zunächst in Lübeck stationiert. Die Geschäfte als NSDAP-Kreisleiter übernahm Walter Schröder kommissarisch bis 1941, als der bisherige Ortsgruppenleiter von Travemünde, Wilhelm Jabs, als kommissarischer Kreisleiter in Lübeck eingesetzt wurde.<sup>79</sup>

Der Fall des Lübecker Parteikreises verdeutlicht die entscheidende Bedeutung, die ein bestehendes persönliches Gefolgschaftsverhältnis zwischen dem Gauleiter und seinen Parteifunktionären besaß. Zwischen der Lübecker „Kreisclique“ und dem Gauleiter in Schwerin bestand ein solches ohne jeden Zweifel nicht. Im Gegenteil zeigt sich an diesem Fall, dass es unter bestimmten Voraussetzungen möglich war, dass lokale Parteifunktionäre in ihrem Parteikreis offen Opposition gegen ihren parteiinternen Vorgesetzten betreiben und dessen personalpolitischen Eingriffsversuche nahezu ungestraft sabotieren konnten, sowie selbst an der Loslösung ihres Stadtkreises aus dem Herrschaftsbereich des Gauleiters nicht uneteiligt blieben. Zu diesen Voraussetzungen gehörte zentral der Rückhalt in der lokalen „Parteigenossenschaft“, über den Bannemann, Schröder, Daniels und andere aufgrund ihrer exponierten Rolle in der „Kampfzeit“ der NSDAP in Lübeck verfügten. Ein weiterer Faktor war die Tatsache, dass die Mitglieder eben dieser „Kreisclique“ im Zuge der „Machtergreifung“ die wichtigsten Posten in der städtischen Verwaltung besetzten und damit die politische Macht in der Hansestadt an sich rissen, wodurch sie der Weisungsbefugnis des Gauleiters entzogen waren. Dieser stand nämlich – anders als sein Gauleiterkollege Lohse in Schleswig-Holstein – nicht zugleich auch

**76** Rundschreiben Nr. 3/37 des Gauleiters vom 12.10.1937, abgedruckt in: *Verordnungsblatt der Gauleitung Schleswig-Holstein* 10 (Oktober) 1937, S. 215.

**77** Das Durchschnittsalter schleswig-holsteinischer NSDAP-Kreisleiter lag zum Zeitpunkt seines Dienstantritts bei über 37 Jahren.

**78** Vgl. undatierten Aktenvermerk Krügers über das Treffen, AHL NSA Abt. XX Nr. 42a/4.

**79** Sowohl im Spruchgerichtsverfahren als auch im Entnazifizierungsverfahren verschwieg Schröder die kommissarische Übernahme des Kreisleiteramts, weshalb die genaue Amtsdauer ungeklärt bleibt. Im März 1940 zeichnet er im Nachrichtenblatt der SA-Standarte 162 Lübeck (Nr. 1) einen Gruß an zur Wehrmacht eingezogene SA-Angehörige als „Ever Kreisleiter im Kriege 1939-1940“.

an der Spitze der staatlichen Verwaltungsaufsichtsbehörde, was einerseits in der besonderen Konstruktion des Gaues Mecklenburg-Lübeck begründet war, andererseits aber auch mit der Person Friedrich Hildebrandts zusammenhing, der – wie seine übergangsweise Absetzung als Gauleiter zeigt – nicht das uneingeschränkte Vertrauen der Parteileitung genoss. Im Gau Schleswig-Holstein hatte Lohse ein funktionierendes System der Machtsicherung innerhalb der Parteiorganisation geschaffen, indem er lokale Cliquenbildungen bis zu einem gewissen Grad tolerierte, solange sie in erster Linie der Absicherung der lokalen Herrschaft der Partei dienten. Zugleich war er jedoch darauf bedacht, die Selbstständigkeit lokaler Machtzentren zu begrenzen. Dies war jedoch nur möglich, da Lohse auch an der Spitze der staatlichen Verwaltung in seinem Herrschaftsgebiet stand.

